



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

12. Sitzung (öffentlich)

30. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Stellv. Vorsitzende Marlies Stotz (SPD)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorlagen 14/297, 14/320, 14/335

Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Der Ausschuss berät die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan. Die Begründungen der Anträge sowie die Abstimmungen sind in der in Drucksache 14/1715 enthaltenen Vorlage 14/426 zu entnehmen.

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration - unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

2 Kinder- und Jugendförderplan 2006-2010 des Landes Nordrhein-Westfalen 14

Vorlage 14/347

An den Bericht von Minister Armin Laschet schließt sich eine kontroverse Aussprache an.

3 Stand der Gespräche mit den Trägern zur Änderung des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder - GTK 24

Minister Armin Laschet informiert den Ausschuss. Es folgt eine kurze Aussprache.

4 Verschiedenes 26

- Siehe Diskussionsteil.

Aus der Diskussion

Vor **Eintritt in die Diskussion** gibt **stellv. Vorsitzende Marlies Stotz** an, sie habe in Vertretung von Frau Milz im Rahmen einer Veranstaltung, die vor dem Landtag stattgefunden habe, Unterschriften von der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Erziehungs- und Familienberatungsstellen entgegengenommen, die sich mit dem Haushaltsplanentwurf befassten. Die Unterschriften würden der Präsidentin zugeleitet.

Andrea Asch (GRÜNE) stellt heraus, allein 6.000 Unterschriften seien aus Dortmund gekommen. Kinder und Jugendliche vor allem hätten ihren Unmut über die Kürzungen im Bereich der Familienberatung und Familienhilfen geäußert. Die Statements seien auch zusammengefasst worden. Die Zusammenfassungen wolle sie gerne nachher verteilen.

Eben habe die Rapper-Gruppe des CVJM in Oberhausen zur Unterstützung der Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ einen Song vorgetragen. Sie wollten die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker darauf hinweisen, wie notwendig eine ausreichende Ausstattung des Landesjugendplans sei. Sie finde es schön, wenn auch junge Leute hierher kämen und darauf hinwiesen, dass sie doch Ziel der Politik seien.

Britta Altenkamp (SPD) regt unter Hinweis auf die zuvor durchgeführte Anhörung zum Schwangerschaftskonfliktgesetz an, die Frage der verfassungsrechtlichen Bedenken einmal mit Juristen zu diskutieren. Sie tue sich schwer damit, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, zu dem aus unterschiedlichen Richtungen Bedenken geäußert würden, ob das Gesetz überhaupt verfassungskonform sei.

Sie bitte die Obleute zu klären, ob der Ausschuss noch einmal ein Expertengespräch zu diesem Aspekt des Schwangerschaftskonfliktgesetzes auf den Weg bringen sollte.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorlagen 14/297, 14/320, 14/335

Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Die **stellv. Vorsitzende Marlies Stotz** verweist auf die Informationen der Landesregierung zu Fragestellungen der Ausschussmitglieder vom 24. März 2006 - Vorlage 14/375 - sowie auf die Ergänzung der Landesregierung zum Haushaltsentwurf Drucksache 14/1500 hin.

Der **Minister für Frauen, Familie und Integration, Armin Laschet**, führt aus:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mit Drucksache 14/1500 hat die Landesregierung Ihnen eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2006 vorgelegt. Die Gründe für die Ergänzungsvorlage ergeben sich aus unterschiedlichen Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem im Januar eingebrachten Haushaltsentwurf. Die vorgenannten Änderungen und Korrekturen führen zu einer Absenkung des Haushaltsvolumens in Höhe von 34.481.100 €. Eine Veränderung der Nettoneuverschuldung ist damit nicht verbunden, da die Mindereinnahmen durch entsprechende Minderausgaben ausgeglichen werden. Die eigenfinanzierten Investitionen erhöhen sich um 11 Millionen €. Die gemäß Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung für den Einzelfall zulässige Kreditaufnahme wird um 2,5794 Millionen € überschritten.

Der Haushalt unseres Einzelplans 15 ist mit einer Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes - Kapitel 15 055 - Titelgruppe 64 mit 300.000 € betroffen. Durch den Ablauf von Übergangsfristen sind vier weitere Einrichtungen der Familienbildung ab Januar 2006 in die gesetzliche Förderung einzubeziehen. Und das ist mit dieser Ergänzungsvorlage erfolgt.

Die weiteren haushaltsneutralen Veränderung im Einzelplan 15 betreffen die Korrektur des redaktionellen Versehens in den Erläuterungen in Kapitel 15 035 sowie die Anpassung eines Verweises auf einen Haushaltsvermerk in Kapitel 15 040. Hier geht es um das Berichtswesen GTK.

Mit der Ergänzungsvorlage im Einzelplan 15 wurde im Zuge der Regierungsneubildung zum 31.12.2005 eine kw-gestellte Stelle des mittleren Dienstes abgesetzt. Zur Umsetzung der Ergebnisse der Steuerschätzung, die wir im Mai erwarten, wird Ihnen eine zweite Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2006 im Mai nach den Ergebnissen der Steuerschätzung zugeleitet.

Britta Altenkamp (SPD) hält fest, die CDU lege auch in diesem Ausschuss keine Einzelanträge vor und erkläre, sie wolle die Einzelanträge im HFA diskutieren. Dieses Verfahren werde von der SPD-Fraktion so akzeptiert. Ihre Fraktion werde die Einzelanträge jetzt vorlegen, die Deckungsvorschläge dann auch im HFA beraten. Die Ausschussberatungen im HFA würden also die Krone der parlamentarischen Beratung wie schon so oft. Es bleibe abzuwarten, ob das in der entsprechenden fachlichen Qualität vonstatten gehe.

Die SPD-Fraktion habe vor 14 Tagen ihre Haushaltsplanberatungen abgeschlossen. Die Änderungen aus der Ergänzungsvorlage hätten von daher noch nicht aufgenommen werden können. In einer großen Fraktion müsse ja erst zu eventuellen Änderungen die Zustimmung eingeholt werden.

Die SPD-Landtagsfraktion habe sich darauf verständigt, die Kinder- und Familienförderung, den Erhalt der sozialen Netze zum Schwerpunkt zu machen, was dem Haushaltsentwurf der Landesregierung widerspreche. Die Schwerpunkte lägen in der Zuständigkeit dieses Ausschusses.

Der Ministerpräsident habe dieses Jahr als Jahr des Kindes bezeichnet. Gleichzeitig sei aber festzustellen, dass in keinem anderen Bereich wie bei den Kindern und Familien derart stark gekürzt werde. Hier sei die CDU in eine Glaubwürdigkeitsfalle gelaufen. Die SPD sei nicht bereit, das hinzunehmen.

Bei der Frage des Landesjugendplans gehe es nicht um das abweichende Verhalten in den Jahren 2005 und im Jahr 2006; die Diskussion um das Jugendförderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen habe eine Geschichte, an der die CDU auch einmal beteiligt gewesen sei. Das scheine die CDU aber im Moment nicht mehr präsent zu haben.

Jetzt würden die Familienzentren auf den Weg gebracht. Gleichzeitig werde die vorhandene Infrastruktur mit den Einrichtungen, die die Familien bieten und unterstützen, zurückgefahren. Gleichzeitig werde gesagt, dass mit über 2,5 Millionen über das Coaching die Familienzentren an Kindertageseinrichtungen ausgebaut würden, die benachbarte Familienberatungsstelle stehe aber kurz vor der Schließung. Da sei zu fragen, was das für den einzelnen Sozialraum tatsächlich an Mehrwert bringen solle.

Der SPD gehe es nicht nur darum, die Kürzungen bei den Kindertageseinrichtungen zurückzunehmen; an einzelnen Punkten müssten deutliche Signale gesetzt werden, in welche Richtung die Politik in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Kindertageseinrichtungen gehen solle. Ein Schwerpunkt werde bei der Verstärkung der U3-Förderung gesetzt. Selbst wenn der Minister den Begriff Elterngeld eher „sauertöpferisch“ betrachte, dann sei doch damit zu rechnen, dass eine solche Regelung auf der Bundesebene komme. Von daher sei es grob fahrlässig, die Eltern in Nordrhein-Westfalen in eine Situation laufen zu lassen, dass sie den Anspruch auf ein einjähriges Elterngeld hätten, auf der anderen Seite aber erleben müssten, dass es keinen entsprechenden Aufbau der Infrastruktur gebe.

Das letzte Kindergartenjahr sollte beitragsfrei gestellt werden, um den ersten Schritt in die Beitragsfreiheit zu gehen. Sicher könne man so etwas nicht von einem auf den anderen Tag tun. Das erlaubten die öffentlichen Finanzen an irgendeiner Stelle nicht. Der erste Schritt sollte aber mit dem Kindergartenjahr 2006/2007 erfolgen. Das letzte Kindergartenjahr sei nach Meinung der Bildungsexperten mit Blick auf die Vorbereitung auf die Schule äußerst wichtig. Von der Handhabung her sei das auch am einfachsten. In diesem Kindergartenjahr befänden sich im Übrigen die meisten Kinder eines Jahrgangs.

Andrea Asch (GRÜNE) hält fest, heute werde das Kernstück des Landeshaushaltes beraten. Nach den offiziellen Verlautbarungen der Mehrheitsfraktionen sei die Familienpolitik Kern der Regierungspolitik.

Der Einzelplan 15, das Kernstück des Haushaltsplangesetzes, sei ein Dokument der Konzeptionslosigkeit. Auf die Zusagen der Landesregierung könne man sich nicht verlassen. Statt wie angekündigt, die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, werde genau das Gegenteil gemacht. Das spiegele der Einzelplan 15 wider.

Die Äußerungen von Herrn Rüttgers zum Jugendförderplan seien auf der Demonstration in der letzten Woche noch einmal hochgehalten worden. Sie zitiere Herrn Rüttgers:

Wer bei den Kindern und Jugendlichen spart, spart konzeptionslos, weil er an der Zukunft unseres Landes spart.

Dies werde aber von der Regierung bei der erstbesten Gelegenheit getan. Sowohl im Kindergartenbereich als auch bei den Jugendlichen im Jugendförderplan werde entgegen dieser Zusagen gespart. Auf den Wahlkampfpodien habe es geheißen: Wenn ihr uns wählt, bekommen die Kinder und Jugendlichen mehr Geld, auch die Familien. Die CDU habe immer gesagt: Wir sind die Partei der Familienpolitik. Wir sind die wahren Familienpolitiker/innen. Der vorgelegte Haushaltsentwurf sei ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die die CDU wegen dieser Zusagen gewählt hätten.

Das Argument, man habe ja nicht gewusst, wie hoch das Land verschuldet sei, treffe auch nicht zu. Die CDU selber habe die Verfassungsklage eingereicht wegen der hohen Verschuldung. Die Haushaltssituation sei genau bekannt gewesen.

Auch sei es unwahr zu sagen, dass überall gespart werden müsse. Sie denke an die Zuweisungen an die Landwirtschaftskammern. Wegen der Verdoppelung des Steinkohlpreises könne man auch da etwas wegnehmen, was man den Kindern und Jugendlichen und Familien geben könnte.

All das, was jetzt im Bereich Jugend und Kindergarten eingespart werde, werde sich hinterher in Folgekosten niederschlagen. Die Kommunen hätten die Erziehungshilfe zu leisten. Die Heimerziehung mache den größten Posten in den kommunalen Haushalten aus. Auch werde man bei den Jugendlichen im Jugendarrest und im Strafvollzug drauflegen müssen. Das Ganze sei eine Milchmädchenrechnung. Die Kürzungen würden sich bitter rächen. Sie sei gespannt, wer sich in der Abstimmung über den Haushalt enthalte und Flagge zeige und zugebe, dass das nicht mit dem übereinstimme, was man vor der Wahl versprochen habe.

Jetzt wie es die FDP-Fraktion mache, die Eine-Welt-Politik und Umweltpolitik gegen die Familienpolitik auszuspielen, sei ein übles Spiel. Jetzt werde wieder das Ehrenamt, das doch so hochgehalten worden sei, getroffen. Die kleinen Initiativgruppen seien auf das Ehrenamt angewiesen. Auch bei den Schwulen und Lesben würden Kürzungen, im Vergleich zum ganzen Haushalt nur Peanuts, vorgenommen. Damit würden aber Selbsthilfestrukturen zerschlagen. Es werde in Kauf genommen, dass Bürger, die sich ehrenamtlich engagierten, ihre Arbeit nicht fortsetzen könnten. Diese Art des Sparens werde sich rächen, auch mit Blick auf die Landeshaushalte der nächsten Jahre.

Christian Lindner (FDP) widerspricht der Aussage, CDU und FDP machten keine Politik für Kinder. Wenn man den Gesamthaushalt betrachte, werde deutlich, dass diese Koalition insgesamt 212 Millionen € zusätzlich für Kinder und Jugendliche im Bereich Schule und Jugendhilfe zur Verfügung stelle.

Man habe gesagt, dass für Kinder und Jugendliche insgesamt etwas getan werde. Das werde jetzt von der Koalition umgesetzt.

Frau Altenkamp habe mit Blick auf den Landesjugendplan von der Glaubwürdigkeitsfalle gesprochen. Die heutigen Oppositionsfraktionen reisten im Lande herum und behaupteten, dass Jugendeinrichtungen in ihrer Existenz gefährdet seien. In Wahrheit befänden sich SPD und Grüne in der Glaubwürdigkeitsfalle, weil sie in der letzten Haushaltsberatung - Doppelhaushalt 2004/2005 - selber beantragt hätten, die Förderung für

die offene Jugendarbeit auf 10 Millionen € zu reduzieren. Jetzt würden wieder 25 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das sei kein Glaubwürdigkeitsdefizit.

Zu den Familienzentren: Da gebe es jetzt ein zartes Pflänzchen, das sich in Nordrhein-Westfalen recht spät entwickle, die fachlichen Erkenntnisse lägen ja schon seit über einem Jahrzehnt vor. Bei den Erprobungsmaßnahmen nach dem GTK hätten sich SPD und Grüne seinerzeit gegen die Weiterentwicklung von Familienzentren ausgesprochen. Jetzt werde eine an den Haushalt angepasste qualitative Weiterentwicklung ermöglicht. Dann werde wieder von SPD und Grüne beklagt, dass das nicht ausreiche. Besser sei es, jetzt einen ersten Schritt zu machen, der sich bis zum Jahre 2010 im Land spürbar bemerkbar machen werde, als auf den zarten Pflänzchen herumzutrameln.

SPD und Grüne hätten eine umfangreiche Tischvorlage mit Änderungsanträgen vorgelegt, die insgesamt über 100 Millionen € Mehrausgaben bedeuteten. Gegenfinanzierungen in Höhe von 8.000 € oder 10.000 € seien auch enthalten. Das sei für ihn keine seriöse Beratungsgrundlage.

Die rot-grüne Koalition habe zu verantworten, dass zwischen 1995 und 2005 der Schuldenstand des Land von 61 Milliarden € auf 110 Milliarden € gewachsen sei: nahezu eine Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren. Rot-Grün habe immer noch nicht begriffen, dass die frühere Landesregierung für diese Verschuldungspolitik vom Wähler in die Wüste geschickt worden sei. Es mache wenig Sinn, in diesem Einzelplan über Erhöhungen statt über notwendige Strukturveränderungen zu debattieren. Die vorliegenden Anträge halte er insgesamt für nicht zustimmungsfähig.

Im Haushalts- und Finanzausschuss werde man prüfen müssen, ob die eine oder andere Forderung durch eine tragfähige Gegenfinanzierung belegt sei. Das sei jetzt nicht ersichtlich. Manches Anliegen, das vielleicht gut gemeint sei, könne nicht umgesetzt werden, weil es ohne Gegenfinanzierung eingebracht werde.

Marie-Theres Kastner (CDU) hält das, was Frau Altenkamp vorgetragen habe, für absolut populistisch und verlogen. Die SPD habe 39 Jahre - zehn Jahre zusammen mit den Grünen - im Lande regiert. Herr Lindner habe den Schuldenstand der letzten Jahre benannt. Die SPD habe auf Kosten der Kinder und Jugendlichen im Land Politik betrieben, denn diese Schulden müssten vor allem die Kinder und Enkelkinder zurückzahlen.

Die CDU habe vor der Wahl gesagt, erste Priorität habe die Sanierung des Haushaltes. Jetzt liege ein Haushalt vor, der erste Schritte in die Richtung mache. Immer noch habe man keinen verfassungsmäßigen Haushalt. Der Weg sei mühsam. Auf diesen Weg habe man sich jetzt begeben. Die Zinsen, die jeden Tag bezahlt werden müssten, seien so hoch, dass das Land davon jeden Tag viele Kindergärten einrichten könnte. Die CDU werde alle vorgelegten Anträge heute ablehnen. Eine Gegenfinanzierung liege nicht vor. Es werde einfach draufgelegt und nicht gesagt, woher die Gelder kommen sollten. Von daher seien die Anträge nicht zustimmungswürdig.

Sie habe sich die Kinder- und Jugendpolitik in Verantwortung anders vorgestellt. Sie wäre gerne in der Situation wie vor vielen Jahren, als man noch habe geben können statt zu nehmen. Die Haushaltssituation sei so wie sie sei. Wenn man sich einschrän-

ken müsse, dann müssten es alle tun. Beim Einzelplan 15 seien mehr als 90 % aller Ausgaben gebunden. Auch der von der früheren Koalition verabschiedete Jugendförderplan habe einen Haushaltsvorbehalt. Das werde in der Diskussion immer vergessen.

Im Übrigen seien auch Schüler Kinder und Jugendliche. Die Sprachförderung und Ganztagsbetreuung beträfen diesen Bereich. Man dürfe nicht allein auf den Landesjugendplan und die Kindertagesbetreuung gucken. Im gesamten Haushalt werde um über 20 % gekürzt. Der Einzelplan 15 werde nur um 11 % gekürzt. Das mache deutlich, dass man versuche, andere Akzente zu setzen. Der Schulhaushalt steige um 2,4 %.

Die CDU-Fraktion werde hier keine Anträge stellen. Die Änderungsanträge und die Verschiebungen im Haushalt würden im Haushalts- und Finanzausschuss vorgestellt. Die Umverteilung und Erhöhungen sollten gleichzeitig mit den Deckungsvorschlägen vorgebracht werden. Sie finde es bedauerlich, dass die Änderungsanträge der SPD-Fraktion erst jetzt vorlägen. So habe niemand die Möglichkeit gehabt, sich damit zu befassen.

Der Landesjugendplan sei bereits von Rot-Grün gekürzt worden. Die Sachkosten für die Kindergärten seien im letzten Jahr ebenfalls von Rot-Grün gekürzt worden. Damals habe es geheißen, dass die Sachkosten im Kindergartenbereich keine Rolle spielten, das seien nur Peanuts. Jetzt werde gesagt, dass die Kindergärten ohne die Sachkosten eingingen, die pädagogische Arbeit wäre gefährdet. Da sollte man in den Spiegel schauen. Man wäre heute nicht in der Situation, wenn Rot-Grün nicht in den letzten zehn Jahren so mit dem Geld umgegangen wäre.

Annegret Krauskopf (SPD) betont, sie sei zehn Jahre Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie gewesen. Man habe sich redlich bemüht, für Kinder und Jugendliche etwas auf den Weg zu bringen. Wenn Frau Kastner sage, dass Frau Altenkamp verlogen sei, dann gebe sie das gerne zurück, auch wenn sie sich in den vergangenen Jahren immer bemüht habe, CDU und FDP fair zu behandeln.

Herr Lindner predige heute genau das Gegenteil von dem, was er fünf Jahre lang im Ausschuss gefordert habe. Wer für Kinder und Jugendliche etwas tun wolle, müsse nach vorne blicken. Der Haushalt sei bekannt. Die Kollegen seien doch im Haushalts- und Finanzausschuss gewesen.

Herr Rüttgers sei für alle Ressorts zuständig. Wenn man nicht ressortübergreifend etwas für Kinder und Jugendliche tue und den Elementarbereich nicht außen vor lasse, die begleitenden Institutionen wie Erziehungsberatung usw. in den Fokus nehme, dann nütze es wenig, an anderen Stellen aufzusatteln. Die Kinder wüchsen in die Schule. Die Eltern bräuchten jetzt Hilfe. Eine ganze Generation falle den Bach herunter.

Zum Landesjugendplan: CDU und FDP hätten dem Jugendförderplan zugestimmt, FDP 105 Millionen €, CDU 96 Millionen € gefordert. Die Haushaltssituation sei bekannt gewesen. Es tue ihr fast körperlich weh, wie im Moment vonseiten der Regierungskoalitionen diskutiert werde. Wenn Herr Laschet etwas für die Kinder und Jugendlichen tun wolle, müsse er von seinem Ministerpräsidenten Unterstützung fordern, zumal er für alle Bereiche zuständig sei.

Monika Düker (GRÜNE) betont, man wäre nicht in dieser Situation, wenn zu dem Zeitpunkt, als Rot-Grün auf Bundesebene versucht hätte, dass die Länder mehr Geld bekämen, alles über den Bundesrat blockiert worden sei. Der Subventionsabbau, den Rot-Grün damals vorgeschlagen habe - Eigenheimzulage -, hätte eine Milliarde in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. Das sei auf Bundesratsebene blockiert worden, um die Länder ausbluten zu lassen, um sich profilieren zu können.

Unter Schwarz-Rot werde auf einmal die Eigenheimzulage abgeschafft. Diese strategisch-taktische Maßnahme sei in Zeiten rot-grüner Bundespolitik über den Bundesrat blockiert worden. Die Länder seien sukzessive finanziell ausgeblutet. Deswegen könne man sich auch nicht aus der Verantwortung ziehen und davon sprechen, dass Rot-Grün alles herunter gewirtschaftet habe.

Es könne nicht alles auf Berlin geschoben werden. Natürlich müssten in einem Haushalt Schwerpunkte gesetzt werden. Jetzt würden falsche Schwerpunkte gesetzt. Es stimme auch gar nicht, dass gesagt worden wäre, alle müssten den Gürtel enger schnallen. Jetzt werde der Flughafen Münster/Osnabrück subventioniert. 40 Millionen € würden draufgelegt. Sie frage, ob das wichtiger sei, als die Gelder für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen.

Die Zuschüsse für die Landwirtschaftskammer würden um 17 Millionen € erhöht. Die Steigerung der Weltmarktpreise hätte einen drastischen Subventionsabbau der Kohle zur Folge haben müssen. Auch dieser Schritt werde nicht vollzogen. Kohle statt Kinder, Rinder statt Kinder: Man hätte genug Möglichkeiten in diesem Haushalt. Die Deckungsvorschläge seien möglich. Jetzt würden falsche Schwerpunkte gesetzt. Es sollten hier auch keine Forderungen aufgestellt werden, für die man keine Deckung habe. Die Deckungsvorschläge würden von ihrer Fraktion vorgelegt.

Die frühere Opposition habe immer Luftbuchungen vorgelegt und keine seriöse Deckungen vorgeschlagen. Das werde jetzt aber gemacht und in den anderen Fachausschüssen dargelegt. Es gehöre in die Fachausschüsse. Die Erhöhungsanträge sowie die Deckungsvorschläge gehörten in die Fachausschüsse. Das Thema Steinkohlesubventionierung werde nicht im Haushalts- und Finanzausschuss, sondern im Wirtschaftsausschuss diskutiert werden. Kollege Priggen werde die Deckungsvorschläge einbringen. Nachher werde im HFA klar dargelegt, wie man diesen Haushalt umsteuern könne. Da gehe es auch nicht um ein Draufsatteln. Ihre Fraktion setze andere Schwerpunkte.

Zum Migrationshaushalt: Der Minister profilieren sich gerne als Integrationsminister. Einige Beiträge seien verbal nachvollziehbar. Einige Positionen teile sie sogar. Nur die Taten, das, was der Haushalt vorgebe, sprächen eine andere Sprache. Die Titelgruppen zur Integration würden faktisch um 3,7 Millionen € gekürzt. Bei der Sprachförderung aufzusatteln, sei gut und schön. Bei der nachholenden Integration dürfe aber nicht gekürzt werden. Da werde ein falscher Schwerpunkt gesetzt.

Die Kürzung der Integrationskurse seitens des Bundes sei falsch. Die schulpolitischen Zuwächse relativierten sich schnell, wenn man sehe, dass die Steigerungsraten aufgrund der steigenden Pensionszahlungen für die vielen Beamtinnen und Beamten zurückzuführen seien. Von daher sei die Steigerung von 2,4 % des Schulhaushaltes zu re-

lativieren. Mit den paar Lehrern, die mehr eingestellt worden seien, könne man die gesamte Sozialschifflage dieses Haushaltes nicht wieder wettmachen.

Bezüglich der Sachkostenförderung bei den Kindertageseinrichtungen erinnert **Britta Altenkamp (SPD)** an interessante Diskussionen in der Vergangenheit. Es habe heftige Kritik vonseiten der Opposition gegeben, was ja üblich sei.

Die SPD habe damals gesagt, dass die Sachkostenförderung für zwei Jahre abgesenkt werde. Es sei nicht geplant, das Gesetz zu ändern, um das zu einer dauerhaften Regelung zu machen. Das werde jetzt aber getan. Das sei gegenüber dem, was die CDU früher verkündet habe, ein klarer Wortbruch.

Zum Landesjugendplan: Die SPD bleibe dabei, dass es eine Verschiebung in dem Maße geben sollte, wie sich offene Kinder- und Jugendarbeit in Kooperation mit der Schule beuge. In dem Maße sollte es für den Schwerpunkt Kooperation der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Schule insbesondere in der Sekundarstufe I eine Mittelverschiebung geben. CDU und FDP setzten andere Schwerpunkte, aber auf dem niedrigen Niveau, das früher kritisiert worden sei. Es sei demokratisch legitimes Recht, andere Schwerpunkte im Landesjugendplan zu setzen. Die SPD habe gesagt, damit sollten andere Schwerpunkte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gesetzt werden. In der Vergangenheit habe es keine Veranstaltung gegeben, auf der Sozialdemokraten nicht zu diesem Inhalt gestanden hätten.

Zur Eigenständigkeit der Jugendarbeit: Das Argument werde im Land gebetsmühlenartig wiederholt. Die Eigenständigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendhilfe habe jetzt nicht mehr die Priorität, wie es zu Oppositionszeiten bei CDU und FDP der Fall gewesen sei.

Zur Systematik des Haushalts: Veränderungen im eigenen Haushalt vorzunehmen, sei bei diesem Ministerium nicht möglich. Vor diesem Hintergrund gebe es in diesem Ausschuss keine Deckung. Aus dem Einzelplan 15 heraus könne es hier keine Deckung geben. Die Deckung könne nur aus dem Gesamthaushalt kommen. Die Deckung werde dem HFA vorgelegt, so wie die Regierungskoalitionen die inhaltlichen und finanziellen Verschiebungen im HFA vorbringen wollten.

Thomas Jarzombek (CDU) kommt auf die Verursacher des finanziellen Desasters zurück. Er erinnere daran, dass die Bundesregierung unter Gerhard Schröder eine Steuerreform vorgenommen habe. Rot-Grün habe eine Steuerreform in der vorletzten Legislaturperiode vorgenommen. Diese Steuerreform habe dazu geführt, dass Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer in Milliardenhöhe an Großkonzerne nachträglich zurückgezahlt worden sei, dass die Steuereinnahmen in NRW aus diesen Quellen auf null gegangen seien.

Diese Körperschaftsteuerrückzahlungen, die NRW habe leisten müssen, hätten dazu geführt, dass immer größere Schulden hätten gemacht werden müssen. Das Finanzministerium unter Peer Steinbrück habe in den Verhandlungen im Bundesrat klar darauf hingewiesen, dass das für Nordrhein-Westfalen zu einem finanziellen Desaster führen würde. Trotzdem habe die alte Landesregierung diesem Irrsinn zugestimmt. Konzerne

wie DaimlerChrysler brüsteten sich damit, in der Regierungszeit von Rot-Grün nicht einen einzigen Euro an Körperschaftsteuer gezahlt zu haben - und das alles auf Kosten des Landeshaushaltes von Nordrhein-Westfalen. Jedes Jahr müssten für 5 Milliarden € Schulden Zinsen gezahlt werden. Die Pensionslasten würden in den nächsten Jahren um 2 Milliarden € steigen. Rot-Grün habe immer mehr Leute in die Landesverwaltung eingestellt. Für niemanden seien Rücklagen gebildet worden. Diese versteckten Aufwendungen machten den Haushalt Jahr für Jahr kritischer. Mit 2 Milliarden € stiegen die jährlichen Belastungen aus diesem Bereich an. Das werde jetzt der neuen Regierung vor die Füße gekippt.

Jetzt werde der Haushalt querbeet um 20 % gekürzt. Einzig und allein die Kinder würden von diesen Kürzungen ausgenommen. Im Einzelplan 15 werde um 11 % gekürzt, nicht um 20 %. Das sei eine Prioritätensetzung für die Kinder in diesem Land. Im Schulbereich werde sogar draufgesattelt. Angesichts der katastrophalen Finanzpolitik müssten diese 20 % gespart werden - das geschehe ja nicht aus Spaß. Im Einzelplan 15 werde nur um die Hälfte gekürzt. Das sei eine klare Prioritätensetzung für die Kinder in diesem Land. Das sollte man jetzt auch nicht schlecht reden.

Zum Jugendförderplan: Die von SPD und Grünen genannten Zahlen habe es in der Wirklichkeit angesichts der Fußangeln, die hintenherum gelegt worden seien, gar nicht gegeben. Da seien nicht 75 Millionen €, sondern 69 Millionen € ausbezahlt worden. Der Landesjugendplan werde in eine sinnvolle Richtung verändert. Mit Blick auf das Machbare stehe man gut da. Er bitte SPD und Grüne, redlich zu bleiben. Die Situation lasse kein anderes Handeln zu.

Frau Düker habe von den Kohlesubventionen gesprochen. Da frage er, wer die denn mit beschlossen habe. Die Grünen hätten die Kohlesubventionen doch gebilligt. Sie hätten nur einen Marketingkrieg in den Gazetten geführt und getan, als wären sie gegen diese Subventionen. Und trotzdem hätten sie das alles mit beschlossen.

Christian Lindner (FDP) hält fest, in diesem Haushalt würden 212 Millionen € für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt.

Er meine, dass das Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Schule beleuchtet werden müsse. Es empfehle sich, die Diskussion anhand von Fakten zu führen. Wenn man sich die Zahlen des Statistischen Bundesamtes vor Augen führe, stelle man fest, dass pro Schüler in Nordrhein-Westfalen weniger öffentliche Mittel als im Durchschnitt der Bundesrepublik in die Hand genommen würden.

Nach einer Untersuchung, die die Vorgängerregierung in Auftrag gegeben habe, werde in Bereich Landesjugendplan in Nordrhein-Westfalen mit 75 Millionen € immer noch mehr Geld pro Jugendlicher zur Verfügung gestellt als in den anderen Bundesländern, nämlich 6 %. Demnach seien die 75 Millionen € immer noch überdurchschnittlich viel pro Jugendlicher. Im Schulbereich sei man unterdurchschnittlich. Von daher könne man nachvollziehen, dass insbesondere im Schulbereich Mittelverstärkungen vorgenommen würden.

Frau Düker habe das „große Fass“ aufgemacht. Er nenne das Thema Subventionsabbau. Niemand sperre sich gegen Subventionsabbau. Das, was die große Koalition jetzt

made und was Rot-Grün vorher beabsichtigt habe, sei eine Steuererhöhung, die Subventionsabbau genannt worden sei. Der Abbau der Subventionen habe der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen dienen sollen. Im Gegensatz dazu verbünden die freien Demokraten mit einem Subventionsabbau die Forderung, dass die nicht ausgezahlten Subventionen an die Steuerzahler zurückgegeben würden und in der Wirtschaft verblieben.

Im Übrigen mache er darauf aufmerksam, dass Dr. Schick und Frau Scheel dieser Tage ein Papier „Grüne Marktwirtschaft“ veröffentlicht hätten. Darin werde genau die Position der FDP vertreten. Von dieser Auffassung könnten die Grünen in NRW sicherlich profitieren. Frau Düker habe die Ausgaben beim Flughafen Münster/Osnabrück kritisiert. Bei Investitionen zu sparen und andererseits wegen nicht Verfassungsgemäßheit des Haushalts nach Münster zu gehen, halte er für inkompatibel.

Zum Thema Steinkohlesubventionen: Er erinnere daran, dass auch die Grünen der sogenannten Aushandlungsklausel zugestimmt hätten. Die FDP habe immer gesagt, man müsse die Subventionen einschränken. Diese Koalition habe erstmals den Beschluss gefasst, 715 Millionen € bis 2010 zu kürzen und den Bergbau auslaufen zu lassen. Er könne sich nicht an einen auch nur vergleichbaren Beschluss aus Zeiten der früheren Koalition erinnern.

Eine seriöse Beratung wäre möglich gewesen, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Finanzierungsvorschläge wenigstens nachrichtlich übersandt hätten. Eine seriöse Beratung ohne die Kenntnis der Gegenfinanzierung sei nicht möglich. Von daher könne seine Fraktion keinem einzigen Antrag zustimmen.

Walter Kern (CDU) macht als Banker darauf aufmerksam, dass man mit dem Haushalt nicht spare, sondern konsolidiere. Das sei ein erheblicher Unterschied. Die 5,8 Milliarden € Neuverschuldung würden die jetzigen Kinder auch in der Zukunft belasten. Es bedrücke ihn sehr, dass es nicht gelinge, diesen Haushalt auszugleichen, was eigentlich Aufgabe wäre.

Das, was in den nächsten Jahren in der Gesellschaft gemacht werden müsse, sei keine Frage einer Landesregierung oder der Bundesregierung. Es sei Aufgabe der gesamten Gesellschaft, den Gürtel enger zu schnallen und die Zukunft für die freiheitliche Rechtsordnung zu sichern, die, wenn man das nicht tue, infrage gestellt werde. Verschiedene Verbände würden in diesen Tagen mit dem Slogan werben: „Nordrhein-Westfalen soll sozial bleiben“. Das werde aber nur gelingen, wenn man eine seriöse Basis dafür habe. Man müsse nachhaltig handeln und nicht die Ziele in jedem Haushaltsjahr neu stecken.

Jeder „soziale“ Euro müsse zunächst einmal erwirtschaftet werden. Man dürfe nicht den „sozialen“ Euro ausgeben und immer mehr Schulden machen. Diese Verantwortung müsse man dringend zurückgewinnen, um die Zukunft bewältigen zu können.

Ralf Witzel (FDP) betont, niemand sage hier, es sei schuld der rot-grünen Bundesregierung, dass der Landeshaushalt so aussehe. Genauso wenig sei Helmut Kohl mit seinen 16 Jahren Regierungszeit schuld an den Strukturen, die man hier habe. Vor 25 Jahren habe es auch einmal eine Regierungsbeteiligung seiner Fraktion in Nord-

rhein-Westfalen gegeben. Jeder habe in der Geschichte in bestimmten Phasen seinen Beitrag geleistet. Das alles ändere aber nichts an der Tatsache, dass die Grünen nach außen Nachhaltigkeit in ihr Schaufenster stellen würden; von dem Zeitpunkt an, als die Grünen in die Regierung eingetreten seien, habe sich der Schuldenstand des Landes jedoch verdoppelt.

Auch die FDP habe in den 70er-Jahren mit ein oder 2 Milliarden € mit dazu beigetragen. Aber der exponentielle Anstieg bei der Haushaltsverschuldung sei zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalens so groß gewesen wie von dem Tag an, als die Grünen in die Landesregierung eingetreten seien. Die Forderung, zu viel gezahlte Gelder bei der Steinkohle zurückzufordern, sei rechtlich nicht umsetzbar. Man habe es hier mit einer Koalition der Erneuerung zu tun, der ersten Landesregierung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, die politisch den Auslaufbergbau beschlossen habe. Es sei gut, dass die Grünen auf diesen Zug aufgesprungen seien, so dass man drei von vier Fraktionen in Nordrhein-Westfalen habe, die diese umwelt- und wirtschaftspolitische Weichenstellung mittrügen.

Man habe dem Wunsch von Kollegen Priggen entsprochen, gemeinsam zu handeln. Man müsse einfach zur Kenntnis nehmen, welche Partei sich nachhaltig jahrelang für den Abbau der Subventionen eingesetzt habe. Viele Projekte würden im Laufe der Legislaturperiode noch verwirklicht. Nicht alles, was wünschenswert sei, gehe sofort. Im Übrigen habe man es hier mit dem ersten Haushalt des Landes zu tun, der das Parlament passiere, ohne dass einzelne Abgeordnete darüber nachgedacht hätten, nachzujustieren. An bestimmten Stellen werde die Politik der letzten Jahre fortgesetzt. Die Unterlassung einer Verbesserung sei noch keine Verschlechterung. Vom Tempo her mit Blick auf die Gesamtverantwortung des Haushaltes gehe nicht alles so schnell, wie man sich das idealiter wünschen könne.

Die Eckmarken des Haushaltes stünden. Man werde keiner Lösung zustimmen, die im Ergebnis zu einer höheren Haushaltsverschuldung führe. Peer Steinbrück, der damalige Regierungschef, habe die Regierungsgeschäfte an einen Nachfolger mit dem Hinweis übergeben, dass es der neuen Regierung angesichts der Struktur des Haushaltes nicht gelingen werde, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Das zeige schon, wo Ursache und Wirkung liege und auch, wie die Eröffnungsbilanz zu Beginn der Regierungsmehrheit der neuen Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen aussehe.

Jürgen Hollstein (CDU) legt dar, offenbar gehöre es zu einem viel geübten Ritual, in den jeweiligen Fachausschüssen vonseiten der Opposition Anträge zu stellen - in diesem Ausschuss sogar die meisten. Er nehme hier zum dritten Mal an einer Haushaltsberatung in einem Fachausschuss teil. In allen Ausschüssen seien haufenweise Anträge gestellt worden, was alles noch draufgesattelt werden müsse. An keiner Stelle habe er allerdings einen Deckungsvorschlag vernommen.

Immer dann, wenn die Frage nach dem Deckungsvorschlag komme, werde auf den Haushalt- und Finanzausschuss verwiesen, in dem ein tolles Papier vorgelegt werden solle, wie man das Ganze ohne zusätzliche Neuverschuldung realisieren könne. Drei Deckungsvorschläge würden in den Diskussionen genannt: der Flughafen Münster/Osnabrück, die Steinkohlesubventionen und die Landwirtschaftskammer. Es werde

vergessen, dass der Flughafen Münster/Osnabrück eine Jobmaschine darstelle, dass dort investiert werden könne, um zusätzliche Arbeitsplätze und Einnahmen zu aquirieren. Es werde vergessen, dass der Bereich Steinkohle ein Subventionsbetrieb sei, der als Erster abgeschafft werden müsse. Die Landwirtschaftskammer gehöre zur Selbstverwaltung. Diese Einrichtung könne die Aufgaben viel besser erledigen als irgendwelche staatlichen Institutionen.

Diese drei erwähnten Bereiche seien schon mindestens drei Mal „verfrühstückt“ worden. Er nenne das GTK, der Kinder- und Jugendplan, die Studentenwerke, die Hochschulen oder die wissenschaftlichen Institute, etwa das Wuppertal Institut, das Institut für Kinderernährung. Er sei sich sicher, dass im Laufe des Nachmittags das Weiterbildungsgesetz, die Eine-Welt-Politik, die politischen Stiftungen genannt würden - alles Dinge, die aus den erwähnten drei Bereichen finanziert werden sollten. So stelle er sich seriöse Haushaltspolitik nicht vor.

Andrea Asch (GRÜNE) bezeichnet es als paradox, wenn Herr Hollstein kritisiere, dass die Opposition Änderungsanträge auf den Tisch lege - sie lägen im Übrigen schon länger vor - und gleichzeitig ankündige, dass die CDU auch Anträge in diesem Bereich stelle, diese allerdings in diesen Fachausschuss überhaupt nicht einbringe.

Wer die Beratung in diesem Fachausschuss ernst nehme, der müsse die Anträge auch hier vorlegen und nicht ständig auf den HFA verweisen. Die Deckungsvorschläge ihrer Fraktion seien jetzt schon zweimal vorgetragen worden. Im Übrigen habe sie sich sagen lassen, dass die CDU, als sie sich noch in der Opposition befunden habe, zu keinem der von ihr vorgelegten Anträge Deckungsvorschläge vorgelegt habe.

Wenn die Koalitionsfraktionen über ihre Politik sprächen, arbeiteten sie sich immer wieder an der Vergangenheit ab. Sie frage, wann die CDU und FDP endlich die Verantwortung für das, was sie täten, übernehmen wollten. Sie sei Psychologin von Beruf und habe häufig Leute in der Therapie, die die Verantwortung dafür, wenn etwas in ihrem Leben misslinge, immer auf die Eltern schoben. Daran werde sie durch diese Äußerungen erinnert.

Jetzt hätten CDU und FDP die Verantwortung. Sie könnten handeln. Niemand habe CDU und FDP gezwungen, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Jetzt den anderen Fraktionen vorzuwerfen, dass man gestalten müsse, sei geradezu absurd. Die große Steuerreform im Jahre 1999 sei natürlich mit den Stimmen der CDU verabschiedet worden. Die CDU habe im Bundesrat zugestimmt.

Die Opposition in diesem Raum sei nicht die einzige, die in diesem Land feststellte, dass CDU und FDP ihr Wort brächen. Auch wenn man die Verantwortung auf die Vorgängerregierung abwälze, fest stehe: CDU- und FDP-Abgeordnete im Land beteiligten sich an öffentlichen Protestnoten, an Resolutionen gegen die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich. Aus Dortmund gebe es einen einstimmigen Beschluss mit CDU-Stimmen, in Münster gebe es einen einstimmigen Beschluss, in Essen und Oberhausen habe sich die CDU der Volksinitiative angeschlossen.

Im Landschaftsverband Rheinland werde es einen einstimmigen Beschluss mit FDP- und CDU-Stimmen geben, in dem die Landesregierung aufgefordert werde, die Kürzun-

gen zurückzunehmen. Die eigenen Leute erinnerten sich an das, was vor der Wahl zugesagt worden sei und woran sich die Koalitionsfraktionen jetzt nicht mehr erinnern wollten. Die Abgeordneten hätten Verantwortung für diesen Haushalt. Sie könnten sich dafür entscheiden, nicht die Hand für das zu heben, was hier vorgeschlagen werde.

Wolfgang Jörg (SPD) erklärt, er habe viel Verständnis dafür, dass sich die Regierungsfaktionen gegenseitig glorifizierten und die Regierung schön redeten. Das gehöre dazu. Niemand anderes im Land mache das noch.

Fest stehe, dass die ersten sechs Lebensjahre im Leben eines Kindes die wichtigsten seien. Es sei klar, dass die Defizite in den ersten sechs Jahren in den nächsten 60 Jahren kaum noch aufgeholt werden könnten. Fakt sei, dass 200 Millionen € genau aus diesem Bereich herausgenommen würden. Das widerspreche dem, was CDU und FDP vor der Wahl verkündet hätten. Darüber müsse draußen mit den Betroffenen diskutiert werden.

Die Einsparungen im Kindergartenbereich würden dazu führen, dass viele Gemeinden ihre Elternbeiträge erhöhen müssten. Das führe wiederum bei den Leuten, die zu den geringer Verdienenden gehörten, dazu, dass sie ihre Kindern nicht mehr in den Kindergarten schickten. Die Erhöhung der Kindergartenbeiträge in den nächsten Jahren um 20 % bis 40 % werde zur Folge haben, dass man das auch in der Schule nicht mehr auffangen könne. Die Auseinandersetzungen in den Stadtteilen, in den Gemeinden, in den Kommunen müssten in den nächsten Jahren geführt werden. Das werde ein steiniger Weg. Das Konzept der SPD mit Gegenfinanzierungsvorschlägen liege vor.

Anmerkung des Protokolls: Sodann berät der **Ausschuss** die Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 15. Die Begründungen der Anträge sowie die Abstimmungen sind der in **Drucksache 14/1715** enthaltenen Vorlage **14/426** zu entnehmen.

Zu dem **lfd. Antrag Nr. 2** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 040 - Kinder- und Jugendhilfe - Titelgruppe 61 - Kinder- und Jugendförderplan** - zitiert **Andrea Asch (Grüne)** aus Drucksache 13/4920:

Bildung ist nicht nur außerschulische Bildung. Der Landesjugendplan als Basis der Kinder- und Jugendarbeit darf nicht gekürzt werden. Der Ansatz des Haushaltes 2003 wird wieder zugrunde gelegt. - Gezeichnet Dr. Jürgen Rüttgers und Fraktion

Zu dem **lfd. Antrag Nr. 28** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu **Kapitel 15 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen - Titelgruppe 517 04 - Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume** führt **Monika Düker (GRÜNE)** aus, hier würden einige Kürzungsvorschläge gemacht. Die Summen, die im Haushalt stünden, seien nicht nachvollziehbar. Es gehe nicht darum, der Landesstelle irgendetwas wegzukürzen; es sei angesichts der Zahlen der Spätaussiedler zu vermuten, dass hier sehr üppig angesetzt werde, das Geld aber nicht gebraucht werde.

Der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** stimmt dem **Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration** - unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

2 Kinder- und Jugendförderplan 2006-2010 des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 14/347

Stellv. Vorsitzende Marlies Stotz merkt an, das Neue bei diesem Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen bestehe darin, dass er nicht für ein Jahr aufgestellt werde, sondern für die gesamte Legislaturperiode. Gemäß § 9 Abs. 4 Kinder- und Jugendförderungsgesetz sei der zuständige Ausschuss des Landtags bei Aufstellung des Kinder- und Jugendförderplans zu beteiligen.

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet**, trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich hatte Ihnen am 15. März den Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans 2006 bis 2010 übersandt. Das Kinder- und Jugendfördergesetz des Landes sieht in § 9 vor, dass sowohl die finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes auf der Grundlage eines solchen Kinder- und Jugendförderplans für eine gesamte Wahlperiode gestaltet werden soll. Der zuständige Ausschuss ist dabei zu beteiligen. Das haben wir uns heute zum Ziel gesetzt.

Mit diesem ersten Kinder- und Jugendförderplan schafft die neue Landesregierung eine neue Fördergrundlage und setzt besondere fachliche Schwerpunkte für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Die von uns dargelegten Förderbereiche konzentrieren sich auf die kinder- und jugendpolitische Infrastruktur, auf die im Kinder- und Jugendförderungsgesetz genannten Schwerpunkte zum Beispiel die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher, Gender-Mainstreaming, die interkulturelle Bildung und Erziehung und die Partizipation junger Menschen und das Zusammenwirken mit der Schule.

Der Förderplan bietet den Trägern eine verlässliche Basis bis einschließlich 2010 sowohl bezüglich der inhaltlichen als auch der finanziellen Grundlagen. Er bedeutet Planungssicherheit für die Träger und Erhalt der gewachsenen kinder- und jugendpolitischen Infrastruktur.

Pädagogische Arbeit mit jungen Menschen und auch der Träger der Kinder- und Jugendhilfe hat in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen. Es wird deutlicher, dass die Veränderungen in den Lebenswelten zu neuen Herausforderungen in der Erziehung und Bildung von Kindern führen, die von Eltern und Schule alleine nicht gemeistert werden können. Insofern ist es schon ein eigenes Politikfeld,